

à l'élection d'un juge de paix à 50% pour le cercle de la Glâne ce matin. Mais avant de procéder au vote, j'ouvre la discussion.

La parole n'est pas demandée, la discussion est close. Nous allons passer au vote.

– Au vote, cette proposition est acceptée par 82 voix contre 2; il y a 2 abstentions.

Ont voté oui:

Ackermann (SC, PDC/CVP), Aebischer (SC, PS/SP), Aeby-Egger (SC, ACG/MLB), Andrey (GR, PDC/CVP), Bachmann (BR, PLR/FDP), Badoud (GR, PLR/FDP), Bapst (SE, PDC/CVP), Binz (SE, UDC/SVP), Boschung B. (SE, PDC/CVP), Bourgeois (SC, PLR/FDP), Bourgnecht (FV, PDC/CVP), Bourguet (VE, PDC/CVP), Brodard (SC, PDC/CVP), Buchmann (GL, PDC/CVP), Burkhalter (SE, PLR/FDP), Bussard (GR, PDC/CVP), Butty (GL, PDC/CVP), Cardinaux (VE, UDC/SVP), Chassot (SC, ACG/MLB), Clément (FV, PS/SP), Corminboeuf (BR, PS/SP), Crausaz (SC, PDC/CVP), de Roche (LA, ACG/MLB), de Weck (FV, PLR/FDP), Décaillet (FV, UDC/SVP), Duc (BR, ACG/MLB), Ducotterd (SC, PDC/CVP), Etter (LA, PLR/FDP), Fasel (SE, PDC/CVP), Fasel-Roggo (SE, ACG/MLB), Feldmann (LA, PLR/FDP), Frossard (GR, UDC/SVP), Ganoz (FV, PS/SP), Gavillet (GL, PS/SP), Geinoz (GR, PLR/FDP), Gendre (SC, PS/SP), Genoud (VE, UDC/SVP), Girard (GR, PS/SP), Glauser (GL, PLR/FDP), Gobet (GR, PLR/FDP), Grandjean (VE, PDC/CVP), Haenni (BR, PLR/FDP), Hänni-F (LA, PS/SP), Hunziker (VE, PLR/FDP), Ith (LA, PLR/FDP), Jendly (SE, PDC/CVP), Johner-Et. (LA, UDC/SVP), Kaelin-M (GR, PDC/CVP), Kolly (SC, PLR/FDP), Krattinger (SE, PS/SP), Longchamp (GL, PDC/CVP), Losey (BR, UDC/SVP), Marbach (SE, PS/SP), Menoud (GR, PDC/CVP), Morel (GL, PS/SP), Mutter (FV, ACG/MLB), Page (GL, UDC/SVP), Peiry C. (SC, UDC/SVP), Peiry S. (FV, UDC/SVP), Piller A. (SE, UDC/SVP), Piller V. (BR, PS/SP), Raemy (LA, PS/SP), Remy (GR, PS/SP), Rey (FV, ACG/MLB), Rime (GR, PS/SP), Romanens A. (VE, PS/SP), Romanens J. (GR, PDC/CVP), Rossier (GL, UDC/SVP), Schorderet E. (SC, PDC/CVP), Schorderet G. (SC, UDC/SVP), Schuwey J. (GR, PDC/CVP), Schuwey R. (GR, UDC/SVP), Studer A. (SE, ACG/MLB), Suter (SC, ACG/MLB), Thalman-B (LA, UDC/SVP), Tschopp (SE, PS/SP), Vial (SC, PDC/CVP), Vonlanthen (SE, PLR/FDP), Weber-G M. (SE, ACG/MLB), Zadory (BR, UDC/SVP), Zürcher (LA, UDC/SVP), Zurkinden (FV, ACG/MLB). *Total: 82.*

Ont voté non:

Mauron (GR, PS/SP), Schnyder (SC, PS/SP). *Total: 2.*

Se sont abstenus:

Stempfel-H (LA, PDC/CVP), Studer T. (LA, PDC/CVP). *Total: 2.*

Rapport N° 23 sur le postulat N° 259.04

Heinz Etter/Nicolas Bürgisser

(évaluation d'une adhésion à la communauté tarifaire Libero)¹

Discussion

Etter Heinz (PLR/FDP, LA). Am 14. Oktober 2004, also ziemlich genau vor drei Jahren, habe ich zusammen mit Grossrat Nicolas Bürgisser das Postulat eingereicht. Anfang 2005 wurde das Postulat vom Grossen Rat für erheblich erklärt. Ab diesem Zeitpunkt hatte der Staatsrat gemäss Artikel 75 des Grossrat-Gesetzes ein Jahr Zeit, um dem Grossen Rat einen

entsprechenden Bericht vorzulegen. Es sind nun über zwei Jahre vergangen und der Bericht mit minimalsten Angaben liegt nun vor. Der Inhalt des Berichtes zeigt vor allem Schwierigkeiten und nicht Chancen und Bedürfnisse auf. Auch die Schaffung von Frimobil war mit Schwierigkeiten verbunden und trotzdem wurde es eingeführt. Die bereits erwähnte Verzögerung und die Auflistung von Schwierigkeiten könnte durchaus dazu verleiten, zu glauben, dass das Interesse an der Erweiterung des Tarifverbundes Richtung Bern und Lausanne nicht sehr gross ist. In Anbetracht dessen, dass sehr viele Pendler aus dem See- und dem Sensebezirk, aber auch aus Freiburg Richtung Bern fahren, ist eine Lösung auf jeden Fall gerechtfertigt. Die kürzlich beschlossene Einführung des Halbstundentaktes auf der Strecke Freiburg–Bern dürfte wohl kaum realisiert worden sein, wenn der Öffentliche Verkehr Richtung Bern nicht breit benützt würde. Im Namen aller betroffenen Bürgerinnen und Bürger, aber auch der betroffenen Gemeinden bitte ich den Staatsrat, dafür besorgt zu sein, dass die Arbeit nun ohne Verzögerung vorangetrieben wird, damit die Einführung des erweiterten Verbundes spätestens, ich betone: spätestens, 2009 realisiert werden kann. Mit diesen Bemerkungen habe ich den Bericht zur Kenntnis genommen.

Mutter Christa (ACG/MLB, FV). Dieses Postulat verlangt eigentlich eine Selbstverständlichkeit, wenn wir schauen, welche Tarifverbünde es in anderen Teilen unseres Landes gibt: Zum Beispiel im Raume Basel, wo man mit einem Abonnement des öffentlichen Verkehrs weit nach Frankreich und nach Deutschland hineinfahren kann. Wir wissen, dass es hier nicht so schnell geht und das Wort «Fusion» ist wohl auch nicht vollständig angebracht. Aber wir begrüßen es, dass der Staatsrat nun doch in die Richtung gehen will; dass eine gegenseitige Anerkennung dieser Abonnements Libero, Frimobil und (vergessen wir nicht auf der Waadtlander Seite) Mobilis, zustande kommen sollte. Die vollständige Fusion stellt im Moment noch ein Kreisproblem. Und wir möchten wirklich, dass der Staatsrat nun zuerst prüft, wie es möglich ist, dass jemand, der in Freiburg wohnt und in Bern arbeitet, ohne Zusatzkosten zu seinen Frimobil-Abonnement auch ein, zwei oder drei Zonen des entsprechenden Abonnements in Bern oder Lausanne beziehen könnte. Als zweite Etappe (es ist ja auch noch ein Mandat im Raum, das nachgeschoben wurde, um diesem Postulat etwas mehr Beachtung zu verschaffen) wäre dann eine Fusion aller dieser Abonnements im Raum Espace Mittelland, inklusive Waadtland, anzustreben. Das ist die zweite Etappe, aber wir hoffen, dass es ein bisschen schneller geht und dass für einmal der Öffentliche Verkehr im Vordergrund steht. In diesem Sinne unterstützen wir das Postulat.

Boschung-Vonlanthen Moritz (PDC/CVP, SE). «Enfin». Endlich ist die Antwort des Staatsrates auf das Postulat eingetroffen, nach immerhin zweieinhalb Jahren. Namens der CVP nehmen wir davon Kenntnis und ich möchte Herrn Staatsrat Vonlanthen dafür danken, dass er endlich Bewegung in die Angelegenheit

¹ Texte du rapport p. 1478.

gebracht hat, Angelegenheit «Tarifverbände Frimobil und Libero (Bern)».

Was den Inhalt der Antwort betrifft, stellen wir mit Befriedigung fest, dass es die feste Absicht des Staatsrates ist, den Tarifverbund sobald wie möglich, spätestens bis Fahrplanwechsel 2009, das heisst bis im Dezember 2008 bereitzustellen.

Wir beharren auf diesem Zeitplan. Deshalb haben wir am 11. Mai dieses Jahres ein Mandat eingereicht, das den Staatsrat dazu verpflichtet, diesen Zeitpunkt wirklich einzuhalten. Der Staatsrat ist deshalb aufgefordert, alles dafür zu tun, dass seine Dienststellen mit Hochdruck daran arbeiten und dieser Termin wirklich eingehalten werden kann. Der Termin ist insofern auch günstig, weil ja mit diesem Fahrplanwechsel dann der Halbstundentakt zwischen Freiburg und Bern eingeführt wird.

Wir gehen auch davon aus, dass der Tarifverbund so gestaltet wird, dass die Pendler und auch die übrigen Reisenden durch den Verbund nicht nur einfacher, sondern auch kostengünstiger als bisher fahren können und dass Kinderkrankheiten des bisherigen Systems gleichzeitig ausgeschaltet werden. Es darf nicht sein, dass durch den Verbund kompliziertere und teurere Angebote entstehen. Deshalb haben wir grosse Erwartungen an den Staatsrat.

Johner-Etter Ueli (UDC/SVP, LA). Ich bin fast verleitet zu sagen, dass wir von der Sprache der Sprechenden, der Vorredner her sehen, um was es hier eigentlich geht. Kurz auf den Punkt gebracht: Unsere Fraktion, insbesondere als Mitglieder der Randregion von Bern, sind wir vom vorliegenden Bericht enttäuscht. Wenn die beiden Tarifverbände Libero und Frimobil Schwierigkeiten haben, um eine Koordination herbeizuführen, ist es an der Politik, Lösungen zu suchen. Als Vertreter des Seebezirks erwarte ich persönlich, dass auch in Anbetracht der neuen S-Bahnlinien, die kantonsübergreifend zirkulieren, endlich ein adäquater Tarifverbund kreiert wird.

Vonlanthen Beat, Directeur de l'économie et de l'emploi. Die Frage des Tarifverbunds scheint vor allem die deutschsprachigen Mitglieder zu beschäftigen. Ich erlaube mir daher auch, meine Antwort auf Deutsch zu geben: Die Grossräte Etter und Bürgisser haben mit ihrem im Oktober 2004 eingereichten Postulat verlangt, dass der Staatsrat in einem Bericht die Massnahmen aufzeigt, wie im Rahmen eines Freiburger Tarifverbunds und namentlich über einen Beitritt zum Berner Tarifverbund «Libero» die Attraktivität des Öffentlichen Verkehrs erhöht werden kann. Ich danke allen Intervenienten von heute Morgen, die allesamt in die gleiche Richtung stossen. Ich glaube, Herr Grossrat Etter, ich verstehe Ihre Ungeduld. Aber wir können doch sagen, dass zwei Jahre nach Einreichung Ihres parlamentarischen Vorstosses sich der Staatsrat freut, festzustellen, dass am 10. Dezember 2006 immerhin der integrale Tarifverbund «Frimobil» eingeführt worden ist. Und dieser Tarifverbund stellt einen sehr wichtigen Schritt in die Richtung einer Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Verkehrs in unserem Kanton dar. Der Staatsrat hat das Fehlen einer Verbin-

dung mit den benachbarten Tarifverbundssystemen als eine wichtige Lücke erkannt, die es bald zu schliessen gilt. Die fehlende Verbindung von «Frimobil» mit dem Berner Tarifverbund «Libero» einerseits und mit dem Lausanner Tarifverbund «Mobilis» (Frau Grossrätin Mutter hat das zu Recht auch unterstrichen) andererseits ist vor allem für die Freiburger Pendler mit einem Nachteil verbunden. Es ist daher das Ziel des Staatsrats, Angebote zu schaffen, die eine Kombination der Tarifverbände Libero bzw. Mobilis ermöglichen. Die Leitung von Frimobil wurde beauftragt, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Die kombinierten Angebote sollen möglichst bald, und ich kann das auch an die Adresse von Grossrat Boschung klar zum Ausdruck bringen, sollen spätestens bis zum Inkrafttreten des Fahrplanwechsels 2009, d.h. also bis im Dezember 2008 eingeführt werden. Die Zielsetzung der beiden Postulanten werden also bald Realität werden. Der Staatsrat bittet Sie, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

– Le Grand Conseil prend acte de ce rapport.

Postulat N° 320.06 Jacques Crausaz/Nicolas Bürgisser (par quels moyens le Conseil d'Etat pense-t-il augmenter la production d'énergie électrique dans notre canton?)¹

Prise en considération

Crausaz Jacques (PDC/CVP, SC). Le postulat que nous avons déposé en octobre 2006 avec notre ancien collègue Nicolas Bürgisser, comme d'autres interventions parlementaires dans ce domaine, reflètent les préoccupations que nous avons tous de veiller à disposer de suffisamment d'énergie pour notre développement et notre bien-être et de rechercher toutes les solutions pour produire cette énergie dans le respect de notre environnement et selon les principes du développement durable. Dans ce contexte, l'électricité est une énergie vitale, particulièrement importante pour notre économie. L'augmentation annuelle de la consommation de près de 2%, associée à la difficulté de mettre en œuvre de nouveaux moyens de production, mérite que nous portions à cette énergie la plus grande attention dans la mesure où, de plus, la production d'électricité sur le territoire cantonal stagne depuis quelques années et, par conséquent, augmente notre dépendance à l'égard d'autres régions et de l'étranger. Il ne s'agit bien sûr pas de viser l'autarcie du canton en matière d'énergie électrique, de couvrir le canton de panneaux photovoltaïques et d'éoliennes. Il s'agit d'étudier très sérieusement quelles seraient les mesures à prendre pour exploiter mieux et plus largement le potentiel de production d'électricité dans notre canton.

Dans sa réponse, le Conseil d'Etat nous dit que le canton ne dispose pas de base légale pour contraindre

¹ Déposé et développé le 10 octobre 2006, BGC p. 2362; réponse du Conseil d'Etat le 3 juillet 2007, BGC p. 1214.